

Kampfkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einzelpreis 1000 Mark

Montag, den 16. Juli 1923

3. Jahrgang Nr. 163

Wann kommt der Kampf um höhere und wertbeständige Löhne?

Offener Brief

des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte an den ADGB.

An den Bundesvorstand des ADGB.

Meine Genossen!

Der Zusammenbruch des zweiten Weltwirtschaftskrieges (Weltwirtschaftskrieg), das Scheitern der Verhandlungen über die Wertbeständigkeit der Löhne und Gehälter in der Zentralarbeitsgemeinschaft, sowie die Verschärfung dieser Verhandlungen durch die Regierung Cuno, die für die wertbeständigen Löhnen mit der neuen Inflation nachteiligen Nebenwirkung und Erzeugung wertbeständiger Löhne und die allgemeine ernste politische Situation, veranlassen uns eine Auforderung zur Kampfgemeinschaft um höhere und wertbeständige Löhne an Euch zu richten. Die Regierung und die Unternehmer sind sich in der Ablehnung einer wertbeständigen Erhöhung des Reallohnes und seiner wertbeständigen Erhöhung einig, sie spielen mit wertbeständigen Löhnen. Nach dem die Verhandlungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft um Scheitern gebracht, verleiht die gegenwärtige Regierung Cuno die Verhandlungen. Der Reallohn soll weiter herabgedrückt werden, um dann die gegenwärtigen Hungerlöhne und Gehälter zu stabilisieren mit Hilfe eines Inflationsschubens, um die Löhne in der verbleibenden Form die weitere Senkung des Reallohnes ermöglicht. Unter diesen Umständen bleiben erneute Verhandlungen mit der Regierung Cuno und den Unternehmern ohne Zweckaussicht, wenn nicht die Arbeiter sich selbst zu Hilfe nehmen und den denkbar stärksten Druck ausüben. Verhandlungen bringen keine wertbeständige Erhöhung des Reallohnes, keinen wertbeständigen Lohn, sie verhindern nicht das Verdrängen des jetzigen Reallohnes.

Wir stellen nunmehr die Frage auf: Ist der Bundesvorstand des ADGB bereit, um die wertbeständigen Löhne nicht nur in Worten sondern tatsächlich in den Kampf zu führen für höhere Reallohn und Wertbeständigkeit der Löhne? Ist der Bundesvorstand nun wirklich bereit, den Kampf mit uns gemeinsam zu organisieren?

Zu dem gewissen Quantum Abstraktionen, das in diesen Fragen liegt, führen wir uns vollumfänglich. Die gesamte Arbeiterschaft hat bei früheren ähnlichen Gelegenheiten in Bezug auf den Kampfeswillen des Bundesvorstandes so traurige Erfahrungen gemacht, daß wir uns verpflichtet fühlen, genau formulierte Fragen an Euch zu richten und um klare Antwort zu erheben.

Wir erinnern daran, daß die sehr teueren Verhandlungen des ADGB, in denen die Erfüllung der Sachwerte verlangt wird, ohne Kampf preisgegeben worden sind, als die Bourgeoisie mit dem großen Schwindel der Zwangsanleihe herauskam.

Wir erinnern weiter daran, daß das nach dem Kampfbuch abgeschlossene Verbot der Abkündigungen und alle nach der Ermordung Erzbischofs und Rathenaus von ADGB aufgestellten Kampfkampfe gegen die monarchistische und faschistische Unterwelt nicht gelassen sind, ohne daß auch nur der Versuch eines ernsthaften Kampfes um sie unternommen worden wäre. Wird der Kampf um höheren Reallohn und Wertbeständigkeit des Lohnes wiederum nicht ernsthaft geführt, endet der ganze bisherige Kraftaufwand mit der Stabilisierung der gegenwärtigen Hungerlöhne auf Grund eines Inflationsschubens, dann nimmt die Zerlegung der Kampfkraft der Arbeiterschaft den gefährlichsten Umfang an. Damit würden dem Sozialismus der besten Dienste geleistet, und den Bundesvorstand des ADGB, trübe die Hauptverantwortung für erfolglose Verhandlungen der Reaktion. Ein neues Verbot des ADGB würde auch dazu führen, daß die Gewerkschaften von den

Unternehmern überhaupt nicht mehr als Kampfporgan der Arbeiter ernst genommen werden.

Wir schlagen nunmehr folgendes vor:

1. Als vorläufige Basis für die Wertbeständigkeit der Löhne ist für eine wertbeständige Erhöhung des Reallohnes zu kämpfen. Wir betonen es als selbstverständlich, daß diese Frage nicht von der Frage der Wertbeständigkeit getrennt werden kann und daß das nächste Etappenziel im Kampfe um höheren Reallohn der Reallohn sein muß. Als vorläufige Basis empfehlen wir einen Wertbeständigungslohn von 25000 Mark für die erste und 35000 Mark für die zweite Zulage für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten Deutschlands. Das sind noch keine Friedenslöhne, bedeuten aber doch eine wertbeständige Erhöhung des gegenwärtigen Reallohnes.

2. Auf dieser vorläufigen Basis sind die Löhne und Gehälter wertbeständig zu machen. Der Kampf muß dann weiter geführt werden mit dem Ziel der Erhöhung des Lohnes zunächst auf den Stand des Friedensreallohnes.

3. Als Bewegungsfaktor für die Erreichung der Löhne ist ein wertbeständiger Anstieg zu schaffen, der ohne Einfluß der Unternehmer von den Gewerkschaften erreicht wird.

4. Bei der Lohnfestsetzung ist die voranschreitende Entwertung des Lohnes bzw. Gehaltes in der Verbrauchsperiode zu berücksichtigen. Der Lohn muß in Zukunft zweimal wöchentlich ausbezahlt werden.

5. Um diese Forderungen durchzusetzen, ist ein achtjähriges Ultimatum an die Regierung zu richten. Während dieser Zeit ist die Arbeiterschaft zu mobilisieren und für den Fall, daß die Forderungen nicht erfüllt werden, die gesamte wertbeständige Bevölkerung zum Generalstreik aufzurufen. Nur durch einen derartigen streikvollen Schlag, der die Unternehmer und die Regierung aus politischer und militärischer Notwendigkeit zum Einlenken zwingt, kann eine wertbeständige Erhöhung des Reallohnes und die wertbeständige Erhöhung der Löhne und Gehälter erreicht werden.

Wir machen schon jetzt darauf aufmerksam, daß natürlich ein derartiger Kampf eine große politische Bedeutung haben würde, und niemand kann voraussehen, welche Möglichkeiten sich im Verlaufe eines solchen Kampfes entwickeln. Es ist durchaus möglich, daß der Kampf sich zu einer einseitigen Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat entwickelt, die Erfüllung der Sachwerte, die Beseitigung der faschistischen und monarchistischen Reaktion und die Aufhebung einer Arbeiterregierung mit zu seinen Resultaten gehören werden. Wir wissen das nicht nur bei der Sache, sondern halten es für notwendig, daß jeder, der es mit der Sache des Proletariats ernst meint, im Zusammenhang mit einem solchen großen Kampfe diese Ziele anstreben muß.

Nur nach einer entscheidenden Niederlage der Bourgeoisie und nach der Ausrichtung aller proletarischen Organisationen auf der wertbeständigen Bevölkerung ist ein höherer Reallohn nur neuen Angriff des Unternehmertums und des Staates gestiftet.

Wir erheben Euch, uns und damit der gesamten Arbeiterschaft eine klare Antwort auf die letzten Fragen zu geben. Wir sind bereit, mit Euch über diese Fragen in einer gemeinsamen Sitzung zu beraten; wir schlagen als Tag einer gemeinsamen Sitzung, Montag, den 16. Juli, vor. Zeit und Ort zu bestimmen, überlassen wir Euch.

Mit proletarischem Gruß!

Der Reichsausschuß der Deutschen Betriebsräte.

J. A. Hermann Gothe, Walter Lanus.

Die Merseburger Arbeiter für die Bewaffnung des Proletariats

In einer öffentlichen Versammlung in Merseburg wurde nach einem Referat des Gen. Kant (Halle) folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Arbeiterschaft Merseburgs erkläre in den Rüstungen des Faschismus die Vorbereitung zum Bürgerkrieg und die schweren Gefahren für die proletarische Revolution. Die Arbeiterschaft ist entschlossen, diesen Gefahren sich nicht weichen zu lassen, es soll vielmehr, dem Faschismus bewaffnet gegenüberzutreten. Die Versammlung begrüßt die Gründung proletarischer Abwehrhunderschaften in Sachsen und Thüringen. Das Verbot der proletarischen Hunderschaften in Preußen durch Severing bedeutet die Senkung des Abwehrkampfes der proletarischen Räte durch jegliche demokratische Führer. Die Versammlung erkläre in dem Verbot der Demonstrationen und Umzüge durch Höring eine Maßnahme, die sich gegen das Proletariat answirkt. Sie verlangen unverzüglich Aufhebung des Verbotes. Der Kampf gegen den Faschismus kann nur durch die einseitige Zusammenfassung der gesamten Arbeiterschaft geführt werden.

Lohnkämpfe in Berlin

(Eigene Drahtmeldung)

Die Altkassazentrale in Johannisthal verurteilt, bei der Wiederaufnahme der Arbeit, 20 Funktionäre zu maßregeln. Auf Grund dessen verurteilt die gesamte Belegschaft im Streik.

Berlin, 16. Juli.

Es ist abzuwarten, ob der Metallarbeiter-Verband Schritte unternimmt, um den Versuch der Währungsregelung entschieden zurückzuweisen.

Nach einem Schiedspruch für das 9. August wurde es ist für die letzte Zulage ein Stundenlohn von 19 000 Mk. vorgezogen. Die Unternehmer haben den Schiedspruch anerkannt. Die Arbeiter werden heute darüber abstimmen.

Die Kassenzentrale in Berlin haben gestern Abend in einer Versammlung ultimativ bis zum 22. Juli höhere Honorare und Wertbeständigkeit der Honorare verlangt. Sie drohen mit Abbruch der Beiträge.

Der Lohnkampf der Hamburger Hafnarbeiter

(Eigene Drahtmeldung)

Nach einem Schiedspruch soll den Hafnarbeitern für die letzte Zulage ein Lohn von 1 320 000 Mk. zugestanden werden. Heute ist Abstimmung über den Schiedspruch.

Der Sowjetvertreter in Bulgarien ermordet

Nach hier eingetroffenen Meldungen wurde am 6. Juli in Plewna Scharifin der Sowjetmacht die schiffliche Verbindung für Klischee nach der Heimat ermordet. Die Verhandlungen und Verhandlungen der Verbandsmittglieder dauern fort. In der Janoffregierung sitzt ein Sozialdemokrat der 2. Internationale.

Hamburg, 16. Juli.

Rotka, Moskau, 13. Juli.

Die Arbeitslosenfrage im Reichstag

Diese Konferenz der Vertreter der Erwerbslosen, die am 5. und 6. Juli im Reichstag tagte und aus allen Bezirken Deutschlands besteht, hat eine außerordentliche Bedeutung für die kommenden Kämpfe der Arbeitslosen um ihre Existenz. Der Erfolg der Konferenz liegt einmal in der Aufstellung einheitlicher Forderungen für alle Arbeitslosen des ganzen Reiches, um anderen Teil von der Konferenz durch eine gründliche Beratung klar und eindeutig die Marschroute für die Kämpfe der Arbeitslosen zur Erreichung ihres Zieltes festgelegt worden.

Der Kampf der Arbeitslosen ist nicht mehr getrennt, sondern als einheitlicher Kampf der gesamten organisierten Arbeiterschaft zu führen. Die Konferenz hat in Gegenwart und mit Zustimmung der Vertreter der Fraktionen der SPD, der KPD, des ADGB, des Reichsausschusses der Betriebsräte beschlossen, daß es Aufgabe der Gewerkschaften ist, die Vertretung der Arbeitslosen zu übernehmen und die aufgestellten Forderungen zur Durchführung zu bringen. Die Ortsvereine und Bezirksvereine des ADGB, die örtlichen Vollversammlungen der Betriebsräte müssen sich unter Hinzuziehung der Arbeitslosenvertreter sofort mit den Forderungen der Arbeitslosen, die an das Reich, an die Länder und Kommunen zu stellen sind, beschäftigen und laufend die Interessen der Arbeitslosen, Kurzarbeiter und Notstandsarbeiter wahrnehmen.

Die Konferenz im Reichstag hat auch dazu geführt, daß die gesamten Wertbeständigen auf die furchtbare Notlage der Arbeitslosen aufmerksam gemacht worden sind.

Der erste politische Erfolg der Konferenz ist darin zu erblicken, daß trotz der Weigerung des Reichsarbeitsministers und seines Vertreters, die gemäßigte Verhandlungskommission zu empfangen, der Reichstag sich am Sonnabend in seiner letzten Sitzung mit den Forderungen der Arbeitslosen beschäftigt hat. Am Sonntag wurden die Forderungen im Reichsarbeitsminister Ausschuss durchberaten. Die erste Forderung der Arbeitslosen, die Notstandsarbeiten in größerem Umfang, unter tarifmäßigen Löhnen und Ausschaltung von Affordarbeiten und Abzüge vom Lohn verlangt, rief eine längere Debatte hervor. Es wurde von den Arbeitervertretern ganz energisch gefordert, daß die Regierung sofort alle im Etat vorgesehenen Arbeiten unverzüglich in Angriff nimmt. Es wurde ein Beschluß in diesem Sinne herbeigeführt und ferner beschlossen, daß für alle Notstandsarbeiter die tariflichen Löhne des in Frage kommenden Gewerbes gezahlt werden müssen. Bei dieser Gelegenheit sei darauf aufmerksam gemacht, daß verpflichtende Gemeinden bei Notstandsarbeitern den Arbeitern 10 Prozent von ihrem Lohn für die Erwerbslosenunterstützung in Abzug gebracht haben. Dieser Abzug ist vollständig ungesetzlich und unzulässig. Wo diese Abzüge bereits erfolgt sind, müssen die Arbeiter ihr Geld zurückfordern.

Die zweite Forderung auf Arbeitslosentilgung wurde trotz energischer Verteidigung unserer Vertreter abgelehnt. Bei der dritten Forderung, die die Regelung der Unterhaltungsätze auf der Grundlage des Tariflohnes der Staats- und Gemeindearbeiter in der Höhe von 50 bis 90 Prozent fordert, verzichtete sich die Regierung hinter die Verhandlungen, die gegenwärtig über die wertbeständigen Löhne geführt werden. Sie erklärte, im Anschluß hieran sollten die Beiträge für Sozialrenten und Arbeitslosentilgung auf derselben Basis geregelt werden. Auf das Schwindelnummer, das gegenwärtig mit den Verhandlungen über „wertbeständige Löhne“ betrieben wird, wollen wir hier nicht eingehen, es wird an anderer Stelle darüber gesprochen werden. Damit die Regierung aber nicht weiter ausweichen konnte, beantragte unser Vertreter eine Erhöhung der gegenwärtigen Unterhaltungsätze, und zwar auf der Grundlage der von den Arbeitslosenvertretern aufgestellten Forderungen. Der Antrag ging dahin, daß die täglichen Unterhaltungsätze betragen sollen:

- a) für Erwerbslose im Haushalt eines anderen 30 000 Mk.
 - b) für Erwerbslose mit eigenem Hausstand 40 000 Mk.
 - c) für Erwerbslose verheiratet, ohne Kinder 48 000 Mk.
 - d) für Erwerbslose verheiratet mit bis drei Kindern 56 000 Mk.
 - e) für Erwerbslose mit mehr als drei Kindern 63 000 Mk.
- Diese Unterhaltungsätze sollen rückwirkend ab 2. Juli gezahlt werden. Ferner forderte der Antrag, daß diese Unterhaltungsätze fortlaufend mit den Sozialarbeiterlöhnen erhöht werden. Dieser Antrag wurde trotz eingehender Begründung mit dem Hinweis auf die furchtbare Notlage der Arbeitslosen und die ständig wachsende Teuerung abgelehnt. Es kam dann schließlich nach dem Vorstoß der Sozialdemokraten folgender Kompromißantrag zustande:

„Eine sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung von mindestens 125 Prozent eintraten zu lassen. Die Erwerbslosenunterstützung schnellstens und fortlaufend der Geldentwertung anzupassen. Eine beschleunigte Erledigung der vom 5. August und dem Programm des Reichstages angenommenen Entscheidung, die die Schaffung eines automatischen Schließers für die Unterhaltungsätze entsprechend der Geldentwertung vorsetzt.“

Die Not der geistigen Proletariat

Vom Verband der Vereine Deutschlands wird mitgeteilt: Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat...

Sammelwoche des Reichsausschusses der Deutschen Betriebsräte!



An alle Betriebsräte, an alle Arbeiter!

Zwölf Billionen schwebender Schulden hat die kapitalistische Cuno-Regierung seit der Aushändelung aufgenommen...

Gering sind die finanziellen Mittel, die dem Reichsausschuß zur Durchführung seiner Aufgaben zur Verfügung stehen...

Teht ist die Kaffe leer geworden.

Dem Ausschuß fehlen nicht, wie den Gewerkschaften, obligatorische Beiträge...

In jedem Betrieb muß gesammelt werden!

Zeichnet einen Studentenschein! Hausfrauen, geht in die Häuser mit Sammelstücken von Teht zu Teht! Auf, an die Arbeit!

Jeder Klassenbewußte Arbeiter hat die Pflicht, zum guten Gelingen der Sammelwoche beizutragen.

Der gesamte Betrag der Sammlung geht an den Reichsausschuß der Deutschen Betriebsräte...

Reichsausschuß der Deutschen Betriebsräte, 3. A. Hermann Straße.

Eisenpreise 90000 - Metallarbeiterlöhne 20000

Wenn man einen Stundenlohn von 15000 Mark für jetzt unterstellt - die Bureaukratie des Metallarbeiterverbandes hat...

Mussolinis Thron erschüttert (Eigene Dramatisierung)

Die innere politische Lage gilt als bedrohlich. Zwar hat der Sozialdemokrat...

Rom, 16. Juni.

Vom Ruhrkrieg

Der Dolchstoß in den Rücken der Ruhrarbeiter

Wegen der am letzten Samstag erfolgten Befreiung der Ruhrscheide durch die Franzosen...

Drei Todesurteile

Nach einer Hausdurchsuchung am Abend hat das Kriegsgericht in Aachen drei Deutsche...

Aus Sowjet-Rußland

Neue Schiffsahrtserfindung Odessa-Neuzor

Zwischen der Schwarzmeerflotte und der englischen Bagge-Flotte wurde ein Vertrag...

Befreiung des russischen Ausfuhrtransits

Aus Rußland traf in Riga 202 Waggons Kohle ein. Der tägliche Eingang...

Russische Einkäufe von Textilmaschinen in Deutschland

Der Vorsteher des Petersburger Textilwerks, Scharow, ist nach Deutschland gereist...

Genosse Christian Kowalski

Vorsitzender des Rates der Volkskommisare der Ukraine, ist an Stelle Kravtshyn...

Kolonisierung Deutschlands. Reichskommissar Dr. Cuno

wendet sich in einer an den Präsidenten Truman von der United American Union...

Die Situation ist außerordentlich ernst. Der Reichsausschuß der Deutschen Betriebsräte hat seit vorigem Jahr...

Ausland

Die französischen Arbeiter im Kampf gegen den Faschismus. Als im Januar dieses Jahres die Drucker der monarchistischen Zeitung...

Ausland

Die italienischen Arbeiter der italienischen Eisenbahner. Am 20. Juni hat erneut 250 Eisenbahner entlassen werden...

Ausland

Die spanische Monarchistenbewegung. Die spanischen Katholikenteile im Kramar haben mit einer monarchistischen Propaganda...

Ausland

Ausland. Am 30. Juni ist das Arsenal von Spezia eröfnet geschlossen worden. Es wurden 600 Arbeiter entlassen...

Ausland

Ausland. Am 20. Juni hat erneut 250 Eisenbahner entlassen werden...

Ausland

Ausland. Die spanischen Katholikenteile im Kramar haben mit einer monarchistischen Propaganda...

Aus der Partei

Parteiaufbau. Im Bezirk Mittelhessen ohne Saargebiet brachte die Werkskommission...

Ausland

Ausland. Die Detoursgruppe der USPD in Württemberg hat...

Ausland

Gewerkschaftsbewegung. Die Konfusion im Lager der Antidemokraten. Wie sehr die Meinungen der Gewerkschaftsleiter...

Halle und Saalkreis

Halle, den 16. Juli 1923.

Wir sind bereit!

(Zum Antritt der Partei)

Die Meute jöhlt! Vom Schreck beissen! Die Schlichter brüllen: Bürgerkrieg! Gemacht! Wollt ihr Euch mit uns weihen? Wir juchzen nicht an andern Siegen!

Wir, hundertmal am Kreuz geknien! Wir, tausendmal im Pulverdampf! Wir, die Partei aus Hülles-Lagen, Wir jüthen nicht im Abwehrkampf!

Metallarbeiter R. S.

Ständels

Das städtische Bad Wittenfeld, das von den Steuergeößen der arbeitenden Bevölkerung erhalten werden muß, steht in erster Linie der Erhaltung der Gesundheit der Arbeiterklasse dienend. Das Bad ist ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung der Krankheiten, besonders der Hautkrankheiten, die in den Sommermonaten häufig auftreten. Die Arbeiterklasse hat Anspruch auf ein solches Bad, das in der Nähe ihrer Wohnstätten liegt und für sie leicht zugänglich ist. Die Verwaltung des Bades sollte sich bemühen, die Kosten so gering wie möglich zu halten, um es für alle Arbeiter erschwinglich zu machen. Die Arbeiterparteien sollten sich für die Erhaltung und Verbesserung dieses Bades einsetzen.

Es gäbe wahrlich Wichtigeres zu tun!

Die bürgerliche Presse meldet: Weiterverleihung des Eisernen Kreuzes. Das preussische Staatsministerium hat beschloffen, die seit dem 1. Januar 1922 eingetragenen Leistungen des Eisernen Kreuzes wieder aufzunehmen. Hierdurch werden die Leistungen für die im Frontdienst gefallenen Soldaten und die Hinterbliebenen dieser Soldaten wieder in vollem Maße sichergestellt. Diese Leistungen sind ein Zeichen der Anerkennung der Verdienste der Soldaten und ihrer Familien. Die Arbeiterklasse sollte sich für die Erhaltung dieser Leistungen einsetzen, da sie ein wichtiges Mittel zur Unterstützung der Hinterbliebenen sind.

Um das hallische Freibad

Mitteil Badepreises

Das hallische Freibad an der Bismarckallee ist ein wichtiges Erholungs- und Sportplatz für die Arbeiterklasse. Die Verwaltung des Bades sollte sich bemühen, die Kosten so gering wie möglich zu halten, um es für alle Arbeiter erschwinglich zu machen. Die Arbeiterparteien sollten sich für die Erhaltung und Verbesserung dieses Bades einsetzen. Ein wichtiger Punkt ist die Erhaltung der Sauberkeit des Bades, um die Gesundheit der Arbeiter zu gewährleisten. Die Verwaltung sollte sich bemühen, die Kosten für die Sauberkeit so gering wie möglich zu halten.

Das Auf- und Sonnbad des 'Bereins für Gesundheitspflege' steht seit Jahren im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Bevölkerung. Die Verwaltung des Bades sollte sich bemühen, die Kosten so gering wie möglich zu halten, um es für alle Arbeiter erschwinglich zu machen. Die Arbeiterparteien sollten sich für die Erhaltung und Verbesserung dieses Bades einsetzen. Ein wichtiger Punkt ist die Erhaltung der Sauberkeit des Bades, um die Gesundheit der Arbeiter zu gewährleisten. Die Verwaltung sollte sich bemühen, die Kosten für die Sauberkeit so gering wie möglich zu halten.

Die Arbeiterklasse hat Anspruch auf ein solches Bad, das in der Nähe ihrer Wohnstätten liegt und für sie leicht zugänglich ist. Die Verwaltung des Bades sollte sich bemühen, die Kosten so gering wie möglich zu halten, um es für alle Arbeiter erschwinglich zu machen. Die Arbeiterparteien sollten sich für die Erhaltung und Verbesserung dieses Bades einsetzen. Ein wichtiger Punkt ist die Erhaltung der Sauberkeit des Bades, um die Gesundheit der Arbeiter zu gewährleisten. Die Verwaltung sollte sich bemühen, die Kosten für die Sauberkeit so gering wie möglich zu halten.

Die Arbeiterklasse hat Anspruch auf ein solches Bad, das in der Nähe ihrer Wohnstätten liegt und für sie leicht zugänglich ist. Die Verwaltung des Bades sollte sich bemühen, die Kosten so gering wie möglich zu halten, um es für alle Arbeiter erschwinglich zu machen. Die Arbeiterparteien sollten sich für die Erhaltung und Verbesserung dieses Bades einsetzen. Ein wichtiger Punkt ist die Erhaltung der Sauberkeit des Bades, um die Gesundheit der Arbeiter zu gewährleisten. Die Verwaltung sollte sich bemühen, die Kosten für die Sauberkeit so gering wie möglich zu halten.

Die Arbeiterklasse hat Anspruch auf ein solches Bad, das in der Nähe ihrer Wohnstätten liegt und für sie leicht zugänglich ist. Die Verwaltung des Bades sollte sich bemühen, die Kosten so gering wie möglich zu halten, um es für alle Arbeiter erschwinglich zu machen. Die Arbeiterparteien sollten sich für die Erhaltung und Verbesserung dieses Bades einsetzen. Ein wichtiger Punkt ist die Erhaltung der Sauberkeit des Bades, um die Gesundheit der Arbeiter zu gewährleisten. Die Verwaltung sollte sich bemühen, die Kosten für die Sauberkeit so gering wie möglich zu halten.

Schaffung eines hallischen 'Mannseebades' verwirklicht werden könnte. Hier würde weitesten Kreisen der Einwohner ein lichter Sonnenplatz und der Stadt Halle ein bedeutender Anziehungspunkt für Fremde geschaffen.

Es gibt noch Wege, die zur Erweiterung des städtischen Bades gangbar sind. Doch einzelne Persönlichkeiten, die ein solches Bad wünschen, scheinen einen krankhaften Ehrgeiz zu haben, die Stadtverwaltung zu überreden, auf diesem Wege nur leicht bestehenden, Kinderläden im Badebau zu unterstützen. Das kommt nun die Stadtverwaltung und den Arbeitern zu. Sie sollten sich bemühen, die Kosten so gering wie möglich zu halten, um es für alle Arbeiter erschwinglich zu machen. Die Arbeiterparteien sollten sich für die Erhaltung und Verbesserung dieses Bades einsetzen.

Wir geben dieser Forderung Raum, da die Badverwaltung in der Stadt Halle ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung der Krankheiten, besonders der Hautkrankheiten, die in den Sommermonaten häufig auftreten. Die Arbeiterklasse hat Anspruch auf ein solches Bad, das in der Nähe ihrer Wohnstätten liegt und für sie leicht zugänglich ist.

Metallarbeiter!

Die Unternehmer schwimmen im Golde. Dein Papierlohn langt nicht, um den Hunger zu stillen; wäste Depollition.

Lohnbewegung bei Heilbrun & Pinner

Bei der Firma Heilbrun & Pinner herrschen ganz ungeheure Zustände. Die gesamte Belegschaft beträgt etwa 500 weibliche und 100 männliche Arbeiter. Die weiblichen Arbeiterinnen verdienen durchschnittlich 3600 Mark, die männlichen 4000 bis 5000 Mark. Es gibt aber auch Arbeiterinnen, die mit 15000 Mark wöchentlich nach Hause gehen müssen. Trotzdem kein Betriebsrat besteht und die meisten Arbeiterinnen nicht einmal genehmigt organisiert sind, kam vor einigen Tagen eine Lohnbewegung unter den Arbeiterinnen zustande. Die Arbeiterinnen forderten eine sofortige Lohnsteigerung. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeiterinnen gaben sich jedoch nicht so leicht und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit.

Die Arbeiterinnen forderten eine sofortige Lohnsteigerung. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeiterinnen gaben sich jedoch nicht so leicht und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeiterinnen gaben sich jedoch nicht so leicht und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit.

Die Arbeiterinnen forderten eine sofortige Lohnsteigerung. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeiterinnen gaben sich jedoch nicht so leicht und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeiterinnen gaben sich jedoch nicht so leicht und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit.

Die Arbeiterinnen forderten eine sofortige Lohnsteigerung. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeiterinnen gaben sich jedoch nicht so leicht und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeiterinnen gaben sich jedoch nicht so leicht und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit.

Die Arbeiterinnen forderten eine sofortige Lohnsteigerung. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeiterinnen gaben sich jedoch nicht so leicht und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeiterinnen gaben sich jedoch nicht so leicht und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit.

Die Arbeiterinnen forderten eine sofortige Lohnsteigerung. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeiterinnen gaben sich jedoch nicht so leicht und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeiterinnen gaben sich jedoch nicht so leicht und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit.

Die Arbeiterinnen forderten eine sofortige Lohnsteigerung. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeiterinnen gaben sich jedoch nicht so leicht und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeiterinnen gaben sich jedoch nicht so leicht und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit.

Die Arbeiterinnen forderten eine sofortige Lohnsteigerung. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeiterinnen gaben sich jedoch nicht so leicht und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeiterinnen gaben sich jedoch nicht so leicht und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit. Die Arbeitgeber lehnten dies ab und forderten eine sofortige Rückkehr zur Arbeit.

Freiwilliger durch den Antritt sozialer Dienstleistungen nicht geführt wird, schickte ein Strafmandat in Höhe von 3000 Mark zuzüglich Portoauslagen und Gebühren in Höhe von 740 Mark. Wenn der Angeklagte diese Strafe von der Armenverwaltung begünstigt hätte, hätte er über drei Jahre lang die bürgerliche Armenverwaltung sparen.

Die Unfälle beim Baden mehren sich. Täglich bringen die Zeitungen Meldungen über Todesfälle beim Baden, die aber meist auf Unachtsamkeit zurückzuführen sind. Der Wassertod ist ein solches Leiden, das in der Regel durch ein plötzliches Versinken in kaltes Wasser verursacht wird. Die Arbeiterklasse hat Anspruch auf ein solches Bad, das in der Nähe ihrer Wohnstätten liegt und für sie leicht zugänglich ist. Die Verwaltung des Bades sollte sich bemühen, die Kosten so gering wie möglich zu halten, um es für alle Arbeiter erschwinglich zu machen.

Die Arbeiterklasse hat Anspruch auf ein solches Bad, das in der Nähe ihrer Wohnstätten liegt und für sie leicht zugänglich ist. Die Verwaltung des Bades sollte sich bemühen, die Kosten so gering wie möglich zu halten, um es für alle Arbeiter erschwinglich zu machen. Die Arbeiterparteien sollten sich für die Erhaltung und Verbesserung dieses Bades einsetzen. Ein wichtiger Punkt ist die Erhaltung der Sauberkeit des Bades, um die Gesundheit der Arbeiter zu gewährleisten. Die Verwaltung sollte sich bemühen, die Kosten für die Sauberkeit so gering wie möglich zu halten.

Die Arbeiterklasse hat Anspruch auf ein solches Bad, das in der Nähe ihrer Wohnstätten liegt und für sie leicht zugänglich ist. Die Verwaltung des Bades sollte sich bemühen, die Kosten so gering wie möglich zu halten, um es für alle Arbeiter erschwinglich zu machen. Die Arbeiterparteien sollten sich für die Erhaltung und Verbesserung dieses Bades einsetzen. Ein wichtiger Punkt ist die Erhaltung der Sauberkeit des Bades, um die Gesundheit der Arbeiter zu gewährleisten. Die Verwaltung sollte sich bemühen, die Kosten für die Sauberkeit so gering wie möglich zu halten.

Die Arbeiterklasse hat Anspruch auf ein solches Bad, das in der Nähe ihrer Wohnstätten liegt und für sie leicht zugänglich ist. Die Verwaltung des Bades sollte sich bemühen, die Kosten so gering wie möglich zu halten, um es für alle Arbeiter erschwinglich zu machen. Die Arbeiterparteien sollten sich für die Erhaltung und Verbesserung dieses Bades einsetzen. Ein wichtiger Punkt ist die Erhaltung der Sauberkeit des Bades, um die Gesundheit der Arbeiter zu gewährleisten. Die Verwaltung sollte sich bemühen, die Kosten für die Sauberkeit so gering wie möglich zu halten.

Die Arbeiterklasse hat Anspruch auf ein solches Bad, das in der Nähe ihrer Wohnstätten liegt und für sie leicht zugänglich ist. Die Verwaltung des Bades sollte sich bemühen, die Kosten so gering wie möglich zu halten, um es für alle Arbeiter erschwinglich zu machen. Die Arbeiterparteien sollten sich für die Erhaltung und Verbesserung dieses Bades einsetzen. Ein wichtiger Punkt ist die Erhaltung der Sauberkeit des Bades, um die Gesundheit der Arbeiter zu gewährleisten. Die Verwaltung sollte sich bemühen, die Kosten für die Sauberkeit so gering wie möglich zu halten.

Die Arbeiterklasse hat Anspruch auf ein solches Bad, das in der Nähe ihrer Wohnstätten liegt und für sie leicht zugänglich ist. Die Verwaltung des Bades sollte sich bemühen, die Kosten so gering wie möglich zu halten, um es für alle Arbeiter erschwinglich zu machen. Die Arbeiterparteien sollten sich für die Erhaltung und Verbesserung dieses Bades einsetzen. Ein wichtiger Punkt ist die Erhaltung der Sauberkeit des Bades, um die Gesundheit der Arbeiter zu gewährleisten. Die Verwaltung sollte sich bemühen, die Kosten für die Sauberkeit so gering wie möglich zu halten.

Die Arbeiterklasse hat Anspruch auf ein solches Bad, das in der Nähe ihrer Wohnstätten liegt und für sie leicht zugänglich ist. Die Verwaltung des Bades sollte sich bemühen, die Kosten so gering wie möglich zu halten, um es für alle Arbeiter erschwinglich zu machen. Die Arbeiterparteien sollten sich für die Erhaltung und Verbesserung dieses Bades einsetzen. Ein wichtiger Punkt ist die Erhaltung der Sauberkeit des Bades, um die Gesundheit der Arbeiter zu gewährleisten. Die Verwaltung sollte sich bemühen, die Kosten für die Sauberkeit so gering wie möglich zu halten.

Die Arbeiterklasse hat Anspruch auf ein solches Bad, das in der Nähe ihrer Wohnstätten liegt und für sie leicht zugänglich ist. Die Verwaltung des Bades sollte sich bemühen, die Kosten so gering wie möglich zu halten, um es für alle Arbeiter erschwinglich zu machen. Die Arbeiterparteien sollten sich für die Erhaltung und Verbesserung dieses Bades einsetzen. Ein wichtiger Punkt ist die Erhaltung der Sauberkeit des Bades, um die Gesundheit der Arbeiter zu gewährleisten. Die Verwaltung sollte sich bemühen, die Kosten für die Sauberkeit so gering wie möglich zu halten.

Die Arbeiterklasse hat Anspruch auf ein solches Bad, das in der Nähe ihrer Wohnstätten liegt und für sie leicht zugänglich ist. Die Verwaltung des Bades sollte sich bemühen, die Kosten so gering wie möglich zu halten, um es für alle Arbeiter erschwinglich zu machen. Die Arbeiterparteien sollten sich für die Erhaltung und Verbesserung dieses Bades einsetzen. Ein wichtiger Punkt ist die Erhaltung der Sauberkeit des Bades, um die Gesundheit der Arbeiter zu gewährleisten. Die Verwaltung sollte sich bemühen, die Kosten für die Sauberkeit so gering wie möglich zu halten.

Die Arbeiterklasse hat Anspruch auf ein solches Bad, das in der Nähe ihrer Wohnstätten liegt und für sie leicht zugänglich ist. Die Verwaltung des Bades sollte sich bemühen, die Kosten so gering wie möglich zu halten, um es für alle Arbeiter erschwinglich zu machen. Die Arbeiterparteien sollten sich für die Erhaltung und Verbesserung dieses Bades einsetzen. Ein wichtiger Punkt ist die Erhaltung der Sauberkeit des Bades, um die Gesundheit der Arbeiter zu gewährleisten. Die Verwaltung sollte sich bemühen, die Kosten für die Sauberkeit so gering wie möglich zu halten.

Die Arbeiterklasse hat Anspruch auf ein solches Bad, das in der Nähe ihrer Wohnstätten liegt und für sie leicht zugänglich ist. Die Verwaltung des Bades sollte sich bemühen, die Kosten so gering wie möglich zu halten, um es für alle Arbeiter erschwinglich zu machen. Die Arbeiterparteien sollten sich für die Erhaltung und Verbesserung dieses Bades einsetzen. Ein wichtiger Punkt ist die Erhaltung der Sauberkeit des Bades, um die Gesundheit der Arbeiter zu gewährleisten. Die Verwaltung sollte sich bemühen, die Kosten für die Sauberkeit so gering wie möglich zu halten.

Die Arbeiterklasse hat Anspruch auf ein solches Bad, das in der Nähe ihrer Wohnstätten liegt und für sie leicht zugänglich ist. Die Verwaltung des Bades sollte sich bemühen, die Kosten so gering wie möglich zu halten, um es für alle Arbeiter erschwinglich zu machen. Die Arbeiterparteien sollten sich für die Erhaltung und Verbesserung dieses Bades einsetzen. Ein wichtiger Punkt ist die Erhaltung der Sauberkeit des Bades, um die Gesundheit der Arbeiter zu gewährleisten. Die Verwaltung sollte sich bemühen, die Kosten für die Sauberkeit so gering wie möglich zu halten.



Arbeiterkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erschienen 14mal monatlich. Verkaufspreis 1000 M., durch die Post 14500 M. ohne Juli- und Augustheft. Druck u. Verlag: Zentral-Genossenschaft, d. B. Halle-Merseburg, Gumboldt-Str. 14. Fernruf 1048 1047 2261. Geschäftszeiten: Sonnabend 12-1 u. 5-6 Uhr.

Der Einzelpreis beträgt 1100 M. für den Monat. Der Abonnementpreis beträgt 1100 M. für den Monat. Der Abonnementpreis beträgt 1100 M. für den Monat. Der Abonnementpreis beträgt 1100 M. für den Monat.

Einzelpreis 1000 Mark

Montag, den 16. Juli 1923

3. Jahrgang Nr. 163

Wann kommt der Kampf um höhere und wertbeständige Löhne?

Offener Brief

des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte an den ADGB.

An den Bundesvorstand des ADGB,
Werte Genossen!

Der Zusammenbruch des zweiten Marxfluchtungsversuches (Devisenreform), das Scheitern der Verhandlungen über die Wertbeständigmachung der Löhne und Gehälter in der Zentralarbeitsgemeinschaft, sowie die Verschärfung dieser Verhandlungen durch die Regierung Cuno, die für die wertbeständigen Löhnen mit der neuen, sprunghaft nach oben abgemessenen und Erhöhung unerträglich gemessene Lage und die allgemeine ernste politische Situation, veranlassen uns, eine Aufklärung zur Kampfgemeinschaft um höhere und wertbeständige Löhne an Euch zu richten.

Die Regierung und die Unternehmer sind sich in der Ablehnung einer wirklichen Erhöhung des Reallohnes und seiner wirklichen Wertbeständigkeit einig, sie spielen mit wertvollen Mitteln. Nach dem die Unternehmer die Verhandlungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft zum Scheitern gebracht, beschließt die großparteiliche Regierung Cuno die Verhandlungen. Der Reallohn soll weiter herabgedrückt werden, um dann die gegenwärtigen Hungerlöhne und Gehälter voll, jedoch nur zu stabilisieren mit Hilfe eines Vermögenswertes, um die Löhne in der verbleibenden Form die weitere Senkung des Reallohnes ermöglicht. Unter diesen Umständen bleiben erneute Verhandlungen mit der Regierung Cuno und den Unternehmern ohne Zweckaussicht, wenn nicht die Massen kämpfend auf den Plan treten und den denkbar höchsten Druck ausüben. Verhandlungen bringen keine wertbeständige Erhöhung des Nominallohnes, keinen wirklich erhöhten Lohn, sie verhindern nicht das Verdrängen des jetzigen Reallohnes.

Die Merseburger Arbeiter für die Bewaffnung des Proletariats

In einer öffentlichen Versammlung in Merseburg wurde nach einem Referat des Gen. Kani (Halle) folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Arbeiterklasse Merseburgs erklärt in den Kämpfen des Proletariats die Vorkämpfer zum Bürgerkrieg und die schwersten Gefahren für die proletarische Klasse. Die Arbeiterklasse ist entschlossen, diesen Gefahren sich nicht weichen zu lassen, es gilt vielmehr, dem Proletariat bewaffnet gegenüberzutreten. Die Bewaffnung begünstigt die Gründung proletarischer Abwehr- und Kampforganisationen in Sachsen und Thüringen. Das Verbot der proletarischen Kampforganisationen in Sachsen durch die Regierung bedeutet die Entsetzung des Kampfkampfes der proletarischen Klasse durch sozialdemokratische Führer. Die Verhaftungen erklären in dem Verbot der Demonstrationen und Unruhen durch die Regierung, die sie gegen das Proletariat answirkt. Sie verlangen unverzüglich Aufhebung des Verbotes. Der Kampf gegen den Faschismus kann nur durch die einheitliche Zusammenfassung der gesamten Arbeiterklasse geführt werden.

Lohnkämpfe in Berlin

(Eigene Drahtmeldung)

Die Absatzwerke in Johannisthal verhandeln, die bei der Übernahme der Arbeit, 20 Funktionen zu mehreren. Auf Grund dessen verliert die gesamte Belegschaft geschlossen im Streik.

Unternehmern überhaupt nicht mehr als Kampforgan der Arbeiter ernst genommen werden.

Wir schlagen praktisch folgendes vor:

1. Als vorläufige Basis für die Wertbeständigkeit der Löhne ist für eine wesentliche Erhöhung des Reallohnes zu kämpfen. Wir betrachten es als selbstverständlich, daß diese Frage nicht von der Frage der Wertbeständigkeit getrennt werden kann und daß das nächste Stappenziel im Kampfe um höheren Reallohn der Friedenslohn sein muß. Als vorläufige Basis empfehlen wir einen Mindestlohn von 25000 Mark für die erste und 35000 Mark für die zweite Juliwoche für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten Deutschlands. Das sind noch keine Friedenslöhne, bedeuten aber doch eine wesentliche Erhöhung des gegenwärtigen Reallohnes.
2. Auf dieser vorläufigen Basis sind die Löhne und Gehälter wertbeständig zu machen. Der Kampf muß dann weiter geführt werden mit dem Ziel der Erhöhung des Lohnes zunächst auf den Stand des Friedensreallohnes.
3. Als Reservefaktor für die Entwertung der Löhne ist ein wesentlicher Index zu schaffen, der ohne Einfluß der Unternehmer von den Gewerkschaften ermittelt wird.

Es ist abzuwarten, ob der Metallarbeiter-Verband Schritte unternimmt, um den Versuch der Maßregelung entschieden zurückzuweisen. Nach einem Schiedspruch für das Flugwerk ist für die letzte Juliwoche ein Stundenlohn von 19000 M. vorgesehen. Die Unternehmer haben den Schiedspruch anerkannt. Die Arbeiter werden heute darüber abstimmen.

Die Kassenärzte in Berlin haben gestern Abend in einer Versammlung ultimativ bis zum 28. Juli höhere Honorare und Wertbeständigkeit der Honorare verlangt. Sie drohen mit Abbruch der Beiträge.

Der Lohnkampf der Hamburger Hafnarbeiter
(Eigene Drahtmeldung)

Samburg, 16. Juli.
Nach einem Schiedspruch soll den Hafnarbeitern für die letzte Juliwoche ein Lohn von 120000 M. zugesprochen werden. Heute ist Abstimmung über den Schiedspruch.

Der Sowjetvertreter in Bulgarien ermordet
Ruska, Moskau, 13. Juli.
Nach hier eingetroffenen Meldungen wurde am 6. Juli in Plewna Sjeptingin der Besondere des russischen Verbandes für Räte nach der Heimat ermordet. Die Verhandlungen und Beziehungen der Verbandmitglieder dauern fort.
In der Janoffregierung sitzt ein Sozialdemokrat der 2. Internationalen.

Die Arbeitslosenfrage im Reichstag

Diese Konferenz der Vertreter der Erwerbslosen, die am 5. und 6. Juli im Reichstag tagte und aus allen Bezirken Deutschlands befehligt war, hat eine außerordentliche Bedeutung für die kommenden Kämpfe der Arbeitslosen um ihre Existenz. Der Erfolg der Konferenz liegt einmal in der Aufstellung einheitlicher Forderungen für alle Arbeitslosen des ganzen Reiches, zum anderen ist von der Konferenz durch eine gründliche Beratung klar und eindeutig die Marschroute für die Kämpfe der Arbeitslosen zur Erreichung ihres Zieles festgelegt worden:

Der Kampf der Arbeitslosen ist nicht mehr getrennt, sondern als einheitlicher Kampf der gesamten organisierten Arbeiterklasse zu führen. Die Konferenz hat in Gegenwart und mit Zustimmung der Vertreter der Fraktionen der SPD, der KPD, des ADGB, und des Reichsausschusses der Betriebsräte beschlossen, daß es Aufgabe der Gewerkschaften ist, die Vertretung der Arbeitslosen zu übernehmen und die aufgestellten Forderungen zur Durchführung zu bringen. Die Ortsarbeits- und Bezirksarbeitsräte des ADGB, die örtlichen und bezirklichen Vertreter der Betriebsräte müssen sich unter Hinzuziehung der Arbeitslosenvertreter sofort mit den Forderungen der Arbeitslosen, die an das Reich, an die Länder und Kommunen zu stellen sind, beschäftigen und laufend die Interessen der Arbeitslosen, Kurzarbeiter und Notstandsarbeiter wahrnehmen.

Die Konferenz im Reichstag hat auch dazu geführt, daß die gesamten Wertütigen auf die furchtbare Notlage der Arbeitslosen aufmerksam gemacht worden sind.

Der erste positive Erfolg der Konferenz ist darin zu erblicken, daß trotz der Weigerung des Reichsausschusses und seines Vertreters, die gewählte Verhandlungskommission zu empfangen, der Reichstag sich am Sonnabend in seiner letzten Sitzung mit den Forderungen der Arbeitslosen beschäftigt mußte. Fortsetzung wurden die Forderungen in Volkswirtschaftlichen Ausschuss durchberaten. Die erste Forderung der Arbeitslosen, die Notstandsarbeiten in größerem Umfang, unter tarifmäßigen Löhnen und Ausschaltung von Affordarbeiten und Abzüge vom Lohn verlangt, rief eine längere Debatte hervor. Es wurde von den Arbeitslosen ganz energig gefordert, daß die Regierung sofort alle im Etat vorgesehenen Arbeiten unverzüglich in Angriff nimmt. Es wurde ein Beschluß in diesem Sinne herbeigeführt und ferner beschlossen, daß für alle Notstandsarbeiten die tariflichen Löhne des in Frage kommenden Gewerbes gezahlt werden müssen. Bei dieser Gelegenheit sei darauf aufmerksam gemacht, daß durchschnittlich Gemeinden bei Notstandsarbeiten den Arbeitern 10 Prozent von ihrem Lohn für die Erwerbslosensicherung in Abzug gebracht haben. Dieser Abzug ist vollständig unangelegentlich und unzulässig. Wo diese Abzüge bereits erfolgt sind, müssen die Arbeiter ihr Geld zurückfordern.

Die zweite Forderung auf Wertbeständigkeit wurde trotz energiger Verteidigung unserer Vertreter abgelehnt. Bei der dritten Forderung, die die Regelung der Unterhaltungsätze auf der Grundlage des Tariflohnes der Staats- und Gemeindearbeiter in der Höhe von 50 bis 90 Prozent fordert, verzichtete sich die Regierung hinter die Verhandlungen, die gegenwärtig über die wertbeständigen Löhne geführt werden. Sie erklärte, im Anschluß hieran sollten die Bezüge für Sozialrentner und Arbeitslose auf derselben Basis geregelt werden. Auf den Schwundelmannöver, das gegenwärtig mit den Verhandlungen über „wertbeständige Löhne“ betrieben wird, wollen wir hier nicht eingehen, es wird an anderer Stelle darüber gesprochen werden. Damit die Regierung aber nicht weiter ausweichen konnte, beantragte unser Vertreter eine Erhöhung der gegenwärtigen Unterhaltungsätze, und zwar auf der Grundlage der von den Arbeitslosenvertretern aufgestellten Forderungen. Der Antrag ging dahin, daß die täglichen Unterhaltungsätze betragen sollen:

- a) für Erwerbslose im Haushalt eines anderen 30 000 M.
 - b) für Erwerbslose mit eigenem Haushalt 40 000 M.
 - c) für Erwerbslose verheiratet, ohne Kinder 48 000 M.
 - d) für Erwerbslose verheiratet mit bis drei Kindern 56 000 M.
 - e) für Erwerbslose mit mehr als drei Kindern 63 000 M.
- Diese Unterhaltungsätze sollen rückwirkend ab 2. Juli gezahlt werden. Ferner forderte der Antrag, daß diese Unterhaltungsätze fortlaufend mit den Reichsarbeitsentlohnungen erhöht werden.

Dieser Antrag wurde trotz eingehender Begründung mit dem Hinweis auf die furchtbare Notlage der Arbeitslosen und die ständig wachsende Leerzahl abgelehnt. Es kam dann schließlich nach dem Vorstoß der Sozialdemokraten folgender Kompromißantrag zustande:

„Eine sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung von mindestens 125 Prozent eintreten zu lassen.“

Die Erwerbslosenunterstützung solle sich erhöhen und fortlaufend der Geldentwertung anpassen.

Eine beschleunigte Erledigung der vom 5. Ausschuss und dem Plenum des Reichstages angenommenen Entschlüsse, die die Schaffung eines automatischen Schließels für die Unterhaltungsätze entsprechend der Geldentwertung vorseht.

Es ist abzuwarten, ob der Metallarbeiter-Verband Schritte unternimmt, um den Versuch der Maßregelung entschieden zurückzuweisen. Nach einem Schiedspruch für das Flugwerk ist für die letzte Juliwoche ein Stundenlohn von 19000 M. vorgesehen. Die Unternehmer haben den Schiedspruch anerkannt. Die Arbeiter werden heute darüber abstimmen.

Der Lohnkampf der Hamburger Hafnarbeiter

(Eigene Drahtmeldung)

Samburg, 16. Juli.
Nach einem Schiedspruch soll den Hafnarbeitern für die letzte Juliwoche ein Lohn von 120000 M. zugesprochen werden. Heute ist Abstimmung über den Schiedspruch.

Der Sowjetvertreter in Bulgarien ermordet

Ruska, Moskau, 13. Juli.
Nach hier eingetroffenen Meldungen wurde am 6. Juli in Plewna Sjeptingin der Besondere des russischen Verbandes für Räte nach der Heimat ermordet. Die Verhandlungen und Beziehungen der Verbandmitglieder dauern fort.
In der Janoffregierung sitzt ein Sozialdemokrat der 2. Internationalen.